S 17 R 3493/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Baden-Württemberg

Sozialgericht Landessozialgericht Baden-Württemberg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 13 Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 17 R 3493/20 Datum 21.09.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 13 R 3103/21 Datum 08.03.2022

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen das Urteil des Sozialgerichts Karlsruhe vom 21. September 2021 wird zurļckgewiesen.

Auà ergerichtliche Kosten sind auch fà ¼r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Tatbestand

Die Beteiligten streiten um einen Anspruch der Klägerin auf Gewährung einer höheren Regelaltersrente unter Berücksichtigung zusätzlicher Kindererziehungs- und Berücksichtigungszeiten.

Die 1955 in B geborene KlĤgerin heiratete ihren Mann L am 6. Februar 1973. Dieser arbeitete ab dem 8. November 1973 als Gastarbeiter in Deutschland und war seitdem in U polizeilich gemeldet. Nach dem Zuzug der KlĤgerin von B nach Deutschland waren die Eheleute ab dem 15. Mai 1974 in S polizeilich gemeldet. Am 27. September 1974 wurde ihre Tochter S1 geboren. Vom 1. Oktober 1974 bis 15. Februar 1975 hielt sich die KlĤgerin bei ihren Eltern in B auf. Am 25. April 1978 wurde das zweite Kind E geboren. Seit dem 12. September 1989 ist die KlĤgerin im

Besitz einer Aufenthaltsberechtigung. Auf Antrag vom 28. September 1993 wurde sie zusammen mit ihrem Ehemann zum 9. November 1995 eingebürgert (vgl. Schreiben des Landratsamts K vom 23. November 2016).

Mit Bescheid vom 11. November 2016 stellte die Beklagte die Kindererziehungszeiten für die Tochter S1 ab dem 12. Oktober 1980 fest, da erst ab diesem Zeitpunkt ein zukunftsoffener Aufenthaltstitel unterstellt werden könne. Die Zeit vom 1. Oktober 1974 bis 15. Februar 1975 könne nicht als Kindererziehungszeit vorgemerkt werden, weil das Kind S1 in dieser Zeit im Ausland erzogen worden sei.

Am 14. Februar 2018 beantragte die Klägerin bei der Beklagten die Ã∏berprüfung der Kindererziehungs- und Kinderberücksichtigungszeiten. Wegen der Kinder hätte sie zunächst nicht gearbeitet. Sie hätten schon immer in S gewohnt. Einen Aufenthaltstitel habe ihr Mann ab dem Zuzug in Deutschland gehabt. Da sie 1995 eingebürgert worden seien, habe die Ausländerbehörde keine Unterlagen über die Aufenthaltstitel aufgehoben. Alte Pässe aus dieser Zeit habe sie nicht mehr.

Mit Bescheid vom 20. November 2018 verblieb die Beklagte bei ihrer der Entscheidung mit Feststellungsbescheid vom 11. November 2011, wonach Kindererziehungszeiten und Kinderberücksichtigungszeiten erst vom 12. Oktober 1980 (bis zum 24. April 1988) festgestellt werden könnten.

In ihrem dagegen gerichteten Widerspruch vom 7. Dezember 2018 brachte die Klägerin vor, sie habe seit 1975 nur in S gelebt und gearbeitet.

Mit (Teil-)Abhilfebescheid vom 22. April 2020 hob die Beklagte den Bescheid vom 20. November 2018 teilweise auf und merkte nunmehr zus \tilde{A} xtzliche Kindererziehungszeiten f \tilde{A} 1/4r das Kind E in der Zeit vom 28. September 1978 bis 31. Oktober 1980 vor.

Die Zeit vom 1. Oktober 1976 bis 31. März 1977 (fþr das Kind S1) könne nicht als Kindererziehungszeit anerkannt werden, weil während der Erziehung der Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland nicht auf einem zukunftsoffenen Aufenthaltstitel beruht habe und deshalb kein gewöhnlicher Aufenthalt im Inland vorgelegen habe. Im Ã□brigen wies die Beklagte den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 22. Oktober 2020 zurþck.

Eine Vormerkung von Erziehungszeiten vor dem 28. September 1978 fÃ¹/₄r die Kinder S1 und E sei nicht mĶglich. Durch das Schreiben des Landratsamtes K sei der zur Anerkennung notwendige zukunftsoffene Aufenthaltstitel erst ab dem 12. September 1989 nachgewiesen. Da bei einer Einbürgerung nach dem vollendeten 23. Lebensjahr in der Zeit bis zum 31. Dezember 1999 ein gewĶhnlicher Aufenthalt bzw. das Vorliegen eines zukunftsoffenen Aufenthaltstitels von 15 Jahren vor der Antragstellung unterstellt werde, sei zugunsten der KlĤgerin ein gewĶhnlicher Aufenthalt ab dem 28. September 1978 anzunehmen. Nach den vom Bundessozialgericht (BSG) entwickelten Leitlinien ka ¶nnten Ausla under nur dann ihren gewĶhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben, wenn ihnen ein Aufenthaltstitel erteilt worden sei, der ihren Aufenthalt materiell-rechtlich billige und nicht nur vorübergehend und damit rechtlich beständig gestatte. Das Vorliegen einer Arbeitserlaubnis genüge hierfür nicht. Der gewöhnliche Aufenthalt sei nicht zu verwechseln mit dem tatsAxchlichen Aufenthalt in der gemeinsamen Familienwohnung in S. Die Klägerin trage die objektive Beweislast für die anspruchsbegründende Tatsache, dass ein gewöhnlicher Aufenthalt vor

dem 28. September 1978 vorgelegen habe.

Dagegen hat die KlĤgerin am 23. November 2020 Klage zum Sozialgericht Karlsruhe (SG) erhoben und weiterhin die Vormerkung von Erziehungszeiten für ihre Tochter S1 schon für die Zeit ab deren Geburt (bzw. ab dem tatsächlichen Aufenthalt in Deutschland nach der Geburt [ab 16.02.1975] bis zum 27. September 1977 begehrt. Wäre sie von Anfang an Deutsche gewesen, hätten die Kindererziehungszeiten nie zur Diskussion gestanden. Die Verweigerung der Vormerkung der angestrebten Kindererziehungszeiten verletze die grundgesetzlich geschützte Ehe und Familie und den Gleichheitsgrundsatz. B, ihr Heimat- und Herkunftsland, habe im Ã□brigen am 15. Februar 2016 einen Antrag auf Aufnahme in die Europäische Union gestellt, was Folgen für den gegenständlichen Streit nach sich ziehen könnte.

Die Beklagte hat an ihrer Rechtsauffassung festgehalten und im Wesentlichen auf die Ausf $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrungen im Widerspruchsbescheid vom 22. Oktober 2020 Bezug genommen.

Mit Bescheid vom 30. November 2020 hat die Beklagte der Klägerin auf ihren Antrag vom 23. Oktober 2020 Regelaltersrente ab dem 1. Dezember 2020 in Höhe von 367,57 â□¬ (monatlicher Zahlbetrag 327,88 â□¬) bewilligt. Aus dem beigefügten Versicherungsverlauf geht hervor, dass ab 28. September 1978 Beitragszeit mit Pflichtbeiträgen wegen Kindererziehung vermerkt ist.

Mit Urteil vom 21. September 2021 hat das SG die Klage abgewiesen. Die Kl \tilde{A} ¤gerin habe keinen Anspruch auf Anerkennung von Kindererziehungs- und Ber \tilde{A} ½cksichtigungszeiten f \tilde{A} ½r den Zeitraum vom 16. Februar 1975 bis 27. September 1977 f \tilde{A} ½r das Kind S1.

Rechtsgrundlage für die rentenrechtliche Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten seien die §Â§ 56 und 57 des Sechsten Sozialgesetzbuchs (SGB VI). GemäÃ∏ <u>§ 56 Abs. 3 SGB VI</u> sei eine Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt, wenn der erziehende Elternteil sich mit dem Kind dort gewĶhnlich aufgehalten habe. Bei einem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung in der Zeit vom 1. Januar 1991 bis zum 31. Dezember 1999 könne nach §Â§ 85 und 86 Ausländergesetz (AuslG [in der Fassung bis 31.Dezember 1999]) ein gewä¶hnlicher Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bei einem Antrag auf Einbürgerung ab Vollendung des 23. Lebensjahres 15 Jahre vor der Antragstellung unterstellt werden. Bei AuslĤndern, die im Rahmen der Anwerbung auslĤndischer Arbeitnehmer vor November 1973 (Anwerbestopp) in das Bundesgebiet ohne das Beitrittsgebiet eingereist seien, könne grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass ihnen ein zukunftsoffener Aufenthaltstitel erteilt worden sei und deshalb ab der Einreise eine materiell-rechtlich bestÄxtigte Grundlage fļr den gewĶhnlichen Aufenthalt vorgelegen habe. Gemessen daran sei die Ansicht der Beklagten zutreffend, dass Kindererziehungszeiten bzw. Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung frühestens ab dem 28. September1978 im Versicherungskonto der Klägerin vorgemerkt werden k\(\tilde{A} \) Innten, da erst ab diesem Zeitpunkt ein gew\(\tilde{A} \) Innten, Aufenthalt der KlĤgerin im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland unterstellt werden kA¶nne.

GemäÃ∏ § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I habe jemand seinen gewöhnlichen Aufenthalt dort, wo er sich unter Umständen aufhalte, die erkennen lieÃ⊓en, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorĽbergehend verweile. Nach den vom 4. Senat des BSG entwickelten Leitlinien (sog. EinfĤrbungslehre) sei ein Aufenthalt dauerhaft, wenn und solange er nicht von vornherein auf Beendigung ausgelegt, also zukunftsoffen sei; darüber hinaus müsse der Aufenthalt rechtmäÃ∏ig sein. Ausländer dürften danach nur dann ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben, wenn ihnen ein Aufenthaltstitel erteilt worden sei, der ihren Aufenthalt materiell-rechtlich billige und nicht nur vorļbergehend bzw. rechtlich unbestĤndig gestatte. Das Vorliegen einer Arbeitserlaubnis genüge hierfür nicht. Das SG hat insofern auf die umfassende Auflistung unterschiedlicher Aufenthaltsberechtigungen im Widerspruchsbescheid vom 2. Oktober 2020 verwiesen. Keine von diesen sei zugunsten der KlĤgerin erteilt worden. Im Verwaltungsverfahren sei klĤgerseits vorgetragen worden, die AuslĤnderbehĶrde hĤtte keine Unterlagen ļber Aufenthaltstitel aufgehoben, da die KlAzgerin 1995 eingebA¼rgert worden sei. Alte PÄxsse aus dieser Zeit seien auch nicht weiter vorhanden. Der rechtlich notwendige gewä¶hnliche Aufenthalt sei von dem klä¤gerseits angefýhrten tatsÃxchlichen Aufenthalt (ohne Nachweis einer entsprechenden Aufenthaltsberechtigung) zu trennen, worauf die Beklagte bereits zu Recht hingewiesen habe. Für EU-Ausländer rechtlich brisant seit die Frage, ob es verfassungsgemäÃ∏ sei, die Berücksichtigungsfähigkeit von Kindererziehungszeiten von einem zukunftsoffenen Aufenthaltstitel abhĤngig zu machen. Das Bundesverfassungsgericht habe z.B. mit Urteil vom 6. Juli 2004 (Az.: 1 BvL 4/97) insoweit einen Versto̸ des BKGG gegen Art. 3 Abs. 1 GG angenommen, woraufhin eine Gesetzesänderung erfolgt sei. Da die Klägerin jedoch keine EU-

Ein rechtmäÃ∏iger bzw. ausländerrechtlich geduldeter Aufenthalt werde tatbestandlich bei AuslĤndern weiterhin z.B. in folgenden FĤllen ausdrļcklich verlangt: Leistungen nach dem SGB VIII auf Jugendhilfe (vgl. <u>§ 6 Abs. 2 SGB VIII</u>), Kindergeld fÃ¹/₄r Ausländer nach dem BKGG (vgl. <u>§ 1 Abs. 3 BKGG</u>), OpferentschĤdigung (§ 1 Abs. 6 OEG). Dagegen habe sich der 4. Senat des BSG zwischenzeitlich für den Bereich des SGB II von der Einfärbungslehre mit der Begründung abgewendet, dass dem SGB II â∏ein zu dem gewöhnlichen Aufenthalt hinzutretendes Anspruchsmerkmal im Sinne des Innehabens einer bestimmten Freizügigkeitsberechtigung nach dem FreizügG/EU 2004 bzw. eines bestimmten Aufenthaltstitels nach dem AufenthG 2004â∏∏ fremd sei. Fýr den Bereich der Kindererziehungszeiten habe der Gesetzgeber gerade keine Regel getroffen; insoweit verlange die Rechtsprechung weiterhin neben dem faktisch dauerhaften Inlandsaufenthalt die materiell-rechtliche RechtmĤÄ∏igkeit des Aufenthalts (vgl. Pitz in: Schlegel/Voelzke, jurisPK- SGB I, 3. Aufl. â∏ Stand: 13. August 2018, zu § 30 SGB I, Rn. 55). Für Nicht-EU-Ausländer gelte damit weiterhin die vom BSG aufgestellte und im Bereich des SGB VI aufrechterhaltene â∏Einfärbungslehreâ∏. Danach sollten die Begriffe Wohnsitz bzw. gewöhnlicher Aufenthalt ihre konkrete rechtliche Bedeutung jeweils erst aus dem Zusammenhang der Normen erhalten, die den Begriff verwenden. Der 4. Senat des BSG hat insofern z.B. im Zusammenhang mit der Anerkennung von Kindererziehungszeiten die

Bürgerin sei, stellten sich Fragen einer europarechtsrelevanten Diskriminierung

nicht.

Ansicht vertreten, ein Asylbewerber habe seinen Wohnsitz oder gewĶhnlichen Aufenthalt im Inland unabhĤngig von der voraussichtlichen und beabsichtigten Dauer seines Aufenthalts nur dann, wenn sein Aufenthalt auslĤnderrechtlich hinreichend bestĤndig sei (vgl. BSG, Urteil vom 03.04.2001, Az.: B 4 RA 90/00 R; Ĥhnlich BSG, Urteil vom 27.01.1994, Az.: 5 RJ 16/93). Teilweise werde vertreten, die EinfĤrbungslehre sei abzulehnen (vgl. Pitz in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB I, 3. Aufl. â Stand: 13.08.2018, zu § 30 SGB I, Rn

Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB I, 3. Aufl. â∏ Stand: 13.08.2018, zu § 30 SGB I, Rn. 57). Das erkennende Gericht sei jedoch der ̸berzeugung, dass der Gesetzgeber eine Einschrämkung des å§ 30 SGB I hinsichtlich des gewä¶hnlichen Aufenthalts für Ausländer weiterhin der Rechtsprechung überlasse. Trotz Kenntnis der Rechtsprechungslinie zur EinfĤrbungslehre habe über Jahre hinweg keine gesetzliche PrÄzzisierung wie in den oben genannten anderen Rechtsgebieten stattgefunden. Auch wenn die EinfĤrbungslehre über eine Wortlautinterpretation des <u>§ 30 SGB I</u> hinausgehen und dem Gesetz nicht zu entnehmende Tatbestandserfordernisse aufstellen möge, schlieÃ∏e dies jedoch nicht aus, bei der Auslegung der Begriffe â□□Wohnsitzâ□□ und â□□gewöhnlicher Aufenthaltâ□□ auch rechtliche Gesichtspunkte, z.B. in die Prognose über die Dauer des Aufenthalts und damit die Beurteilung des gewöhnlichen Aufenthalts miteinflieÃ∏en zu lassen. Stehe z.B. fest, dass ein AuslĤnder zur Ausreise verpflichtet sei und seiner Abschiebung weder rechtliche noch tatsÄxchliche Hindernisse und auch die Verwaltungspraxis entgegenstünden, könne ein gewöhnlicher, d.h. voraussichtlich dauerhafter Aufenthalt im Inland nicht begrļndet werden (vgl. BSG, Urteil vom 17. Mai 1989, Az.: 10 RKg 19/88). In diesem Sinne habe die KIägerin bis zu ihrer Einbürgerung keine gesicherte Rechtsposition im Sinne eines zukunftsoffenen Aufenthaltstitels erlangt, aufgrund dessen man einen dauerhaften Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland annehmen hätte können.

Gegen das ihrem ProzessbevollmÄxchtigten am 24. September 2021 zugestellte Urteil hat die KlĤgerin am 29. September 2021 Berufung beim Landessozialgericht Baden-WÃ1/4rttemberg (LSG) eingelegt. Bei feststehenden Tatsachen könne keine Fiktion angewendet werden. Es sei unstreitig, dass die KlĤgerin und ihr Ehemann ab 15. April 1974 in S polizeilich gemeldet gewesen seien und sich dort ununterbrochen als Familie aufgehalten hAxtten. Lediglich in der Zeit vom 1. Oktober 1974 bis 15. Februar 1975 habe sich die KlĤgerin mit der kurz zuvor geborenen Tochter S1 bei ihren Eltern in B aufgehalten, da sie dort insgesamt besser hÃxtte versorgt werden können. Seit dem 16. Februar 1975 hÃxtten sich die Klägerin und ihre Tochter S1 ohne Unterbrechung oder behä¶rdlicher Beanstandung bei Bezug von Kindergeld in S aufgehalten. Am 9. November 1995 sei sie zusammen mit ihrem Ehemann eingebürgert worden. Seitdem sei die Klägerin Býrgerin der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Seit dem 16. Februar 1975 habe sie mit ihrer Familie in S gelebt und gearbeitet, was nur als dauerhaft im Sinne des Gesetzes angesehen werden könne. Zu keinem Zeitpunkt habe die Familie die Absicht gehabt, wieder nach B zurückzukehren. Die Ansicht des SG, dass das Vorliegen einer Arbeitserlaubnis nicht ausreiche und der Aufenthalt materiell-rechtlich nicht zu billigen, nur vorübergehend und damit rechtlich unbeständig gewesen sei, werde nicht hingenommen.

Das SG weise zwar darauf hin, dass die Einfärbungslehre z. T. streitig sei, habe aber im Ergebnis abgelehnt, dass eine Situation vorliege, aufgrund derer ein dauerhafter Aufenthalt der KlĤgerin im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland anzunehmen sei. Das angefochtene Urteil sei nicht mit hĶherrangigem Recht vereinbar. Die angefochtene Entscheidung widerspreche Art. 3 Abs. 3 GG. WAxre die Klägerin in Deutschland geboren und hägtte bereits von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft, wären die begehrten Kindererziehungszeiten ohne weiteres anzuerkennen gewesen. Die KlAzgerin kAnne Art. 3 Abs. 3 GG fA¹/₄r sich in Anspruch nehmen, da es jetzt um die Anerkennung der Kindererziehungszeiten gehe. Sie sei durch die angefochtenen Entscheidungen, welche auf ihre Heimat bzw. Herkunft beruhten, gegenüber deutsch-geborenen Bürgerinnen benachteiligt. Auch sei Art. 6 Abs. 1 und Abs. 4 GG verletzt bzw. berührt. Die Leistungen der KlĤgerin im Rahmen der Erziehung der Tochter S1 unterfielen dem Schutz der Familie und Ehe, weshalb sie auch anzuerkennen seien. Aus Art. 6 Abs. 4 ergebe sich ohne weiteres, dass â∏iede Mutter Anspruch auf Fürsorge der Gemeinschaftâ∏ habe, was auch in der Anerkennung der Kindererziehungszeiten bestehe. Hierzu hat die KlĤgerin auf die aktuelle politische Diskussion zur Mütterrente verwiesen. Die auch vom SG erkannte Gesetzeslücke sei auch im Licht der â∏Charta der Grundrechte der Europäischen Unionâ∏ zu sehen. Art. 21 Abs. 1 verbiete Diskriminierungen aufgrund der Geburt. Dieser Grundsatz sei jetzt verletzt, denn wĤre die KlĤgerin in Deutschland geboren und schon anfĤnglich deutsche StaatsbA1/4rgerin gewesen, wAxre der vorliegende Rechtsstreit nicht entstanden.

Art. 33 Abs. 1 der Charta gebiete den â∏wirtschaftlichen und sozialen Schutz der Familieâ∏, weshalb die Versagung der Kindererziehungszeiten auch diesen Grundsatz verletzt. In Art. 34 Abs. 1 anerkenne die Union die Charta und â∏⊓achtet das Recht auf Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und zu den sozialen Diensten, die in Fällen wie Mutterschaft â∏! Schutz gewährleisten â∏¦â∏∏. In Art. 34 Abs. 2 werde der Grundsatz formuliert, dass â∏∏jede Person die in der Union ihren rechtmäÃ∏igen Wohnsitz hat â∏¦ einen Anspruch auf Leistung der sozialen Sicherheit und sozialen Vergünstigungen â∏¦habeâ∏∏. Es sei offensichtlich, dass der KlĤgerin hinsichtlich der hier streitigen Kindererziehungszeiten diese Leistungen verweigert wA¼rden. Selbst Art. 14 der â∏EuropÃxischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheitenâ∏∏ enthalte schon seit 1950 ein Diskriminierungsverbot wegen des â∏Geschlechts, â∏! der nationalen oder sozialen Herkunftâ∏∏. Die Rechte und AnsprÄ¹/₄che der KlĤgerin richteten sich nach den jetzt geltenden Gesetzen und nicht nach den Regelungen der 1970-Jahre. Die KlĤgerin sei gegenüber schon anfänglich deutschen Bürgerinnen benachteiligt und diskriminiert, weshalb die angefochtenen Entscheidungen aufzuheben seien und der KlĤgerin die beantragten Kindererziehungs- und Berücksichtigungszeiten zuzuerkennen seien.

Die KlAzgerin beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Karlsruhe vom 21. September 2021 aufzuheben und die Beklagte unter AbĤnderung des Bescheids vom 30. November 2020 zu verurteilen, ihr eine hĶhere Regelaltersrente unter Berücksichtigung von

Kindererziehungs- und Ber \tilde{A}^{1}_{4} cksichtigungszeiten f \tilde{A}^{1}_{4} r das Kind S1, geboren am 27. September 1974 f \tilde{A}^{1}_{4} r den Zeitraum vom 16. Februar 1975 bis 27. September 1977 zu gew \tilde{A} xhren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurÄ¹/₄ckzuweisen.

Sie hat an ihrer Rechtsauffassung festgehalten.

Die Beteiligten haben einer Entscheidung ohne $m\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndliche Verhandlung zugestimmt.

Wegen des weiteren Vorbringens und der Einzelheiten des Sachverhalts wird auf die Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Prozessakten beider Instanzen Bezug genommen.

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Die gemäÃ□ den §Â§ 143, 144, 151 SGG zulässige Berufung der Klägerin, über die der Senat mit Einverständnis der Beteiligten ohne mündliche Verhandlung gemäÃ□ <u>§ 124 Abs. 2 SGG</u> entscheidet, ist nicht begründet.

Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist der Rentenbescheid vom 30. November 2020, mit dem die Beklagte der KlAzgerin eine Regelaltersrente ab 1. Dezember 2020 bewilligt hat. Zwar hatte sich die KlAzgerin mit ihrer ursprünglichen zum SG erhobenen Klage gegen den Vormerkungsbescheid nach §Â 149 Abs. 5 SGB VI vom 20. November 2018 in der Fassung des Bescheids vom 22. April 2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 2. Oktober 2020 gewandt, jedoch hat der nach Klageerhebung erlassene Rentenbescheid vom 30. November 2020 den genannten Bescheid vom 20. November 2018 in der Fassung des Bescheids vom 22. April 2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 2. Oktober 2020 ersetzt. Auf diese Ersetzung findet <u>§Â 96 Abs. 1 SGG</u> unmittelbar Anwendung mit der Folge, dass der Bescheid über die Rentenhöhe als unmittelbar kraft Gesetzes angegriffen gilt, soweit die HA¶he der Rente ihrerseits auf den bereits ursprünglich streitigen Feststellungen beruht (vgl. BSG, Urteil vom 14. Dezember 2011 â□□ B 5 R 36/11 R â□□ juris Rn. 12; LSG Baden-Württemberg, Urteil vom 7. Juli 2016 â∏∏ <u>L 7 R 686/15</u>; <u>LSG Baden-Wþrttemberg, Urteil vom 16.</u> Juni 2015 â∏ L 9 R 4225/11 â∏ juris Rn. 24 ff.).

Aufgrund des ausdrücklich formulierten Antrags der anwaltlich vertretenen Klägerin wird die höhere Altersrente nur unter Berücksichtigung von Kindererziehungs- bzw. Berücksichtigungszeiten für das am 27. September 1974 geborene Kind S1 im Zeitraum vom 16. Februar 1975 bis 27. September 1977 geltend gemacht. Auch wenn im Widerspruchsbescheid vom 22. Oktober 2020 ausdrücklich nur die Vormerkung weiterer Erziehungszeiten angesprochen wird, ergibt sich aus dem Gesamtzusammenhang, dass gleichzeitig auch über die Berücksichtigungszeiten entschieden wurde.

Nicht streitgegenstĤndlich â∏ aufgrund des ausdrücklichen Antrags der

Klägerin â□□ sind aber Kindererziehungs- bzw. Berücksichtigungszeiten hinsichtlich des Kindes S1 in der Zeit vom 28. September 1977 bis 27. September 1978 sowie Kindererziehungs- bzw. Berücksichtigungszeiten hinsichtlich des Kindes E (geboren am 25. April 1978).

Die Kl \tilde{A} ¤gerin hat keinen Anspruch auf Gew \tilde{A} ¤hrung einer h \tilde{A} ¶heren Altersrente unter Ber \tilde{A} ½cksichtigung von Kindererziehungs- und Ber \tilde{A} ½cksichtigungszeiten f \tilde{A} ½r das am 27. September 1974 geborene Kind S1 f \tilde{A} ½r den Zeitraum vom 16. Februar 1975 bis 27. September 1977.

GemäÃ∏ <u>§ 56 Abs. 1 S. 1 SGB VI</u> sind Kindererziehungszeiten Zeiten der Erziehung eines Kindes in dessen ersten drei Lebensjahren. Fþr einen Elternteil (§Â 56 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und Abs. 3 Nr. 2 und 3 Erstes Buch) wird eine Kindererziehungszeit angerechnet, wenn

- 1. die Erziehungszeit diesem Elternteil zuzuordnen ist,
- 2. die Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt ist oder einer solchen gleichsteht und
- 3. der Elternteil nicht von der Anrechnung ausgeschlossen ist.

GemäÃ∏ <u>§ 56 Abs. 2 S. 1 SGB VI</u> ist eine Erziehungszeit dem Elternteil zuzuordnen, der sein Kind erzogen hat.

Eine Erziehung ist im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland erfolgt, wenn der erziehende Elternteil sich mit dem Kind dort gew \tilde{A} ¶hnlich aufgehalten hat (\hat{A} § 56 Abs. 3 S. 1 SGB VI).

GemäÃ∏ § 56 Abs. 3 S. 2 SGB VI steht einer Erziehung im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland gleich, wenn der erziehende Elternteil sich mit seinem Kind im Ausland gewöhnlich aufgehalten hat und während der Erziehung oder unmittelbar vor der Geburt des Kindes wegen einer dort ausgeübten Beschäftigung oder selbständigen Tätigkeit Pflichtbeitragszeiten hat. Dies gilt bei einem gemeinsamen Aufenthalt von Ehegatten oder Lebenspartnern im Ausland auch, wenn der Ehegatte oder Lebenspartner des erziehenden Elternteils solche Pflichtbeitragszeiten hat oder nur deshalb nicht hat, weil er zu den in §Â 5 Abs. 1 und 4 genannten Personen gehörte oder von der Versicherungspflicht befreit war (§ 56 Abs. 3 S. 3 SGB VI).

Nach $\frac{\hat{A}\$\hat{A}}{57} \frac{\hat{A}}{57} \frac{\hat{A}}{1} \frac{\hat{A}}{$

Das SG hat in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Gerichtsbescheids unter Zugrundelegung der vorgenannten Anspruchsvoraussetzungen zutreffend dargelegt, dass die Voraussetzungen für die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten bzw. Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung im

streitigen Zeitraum nicht vorlagen, weil die Voraussetzungen der §Â§ 56 Abs. 3 Satz 1, 57 SGB VI nicht erfüIlt waren. Denn es ist nicht nachgewiesen, dass sich die KlĤgerin im streitgegenstĤndlichen Zeitraum mit dem Kind S1 in der Bundesrepublik Deutschland gewĶhnlich aufgehalten hat. GemäÃ∏ <u>§ 30 Abs. 3 S. 2 SGB I</u> hat jemand seinen gewöhnlichen Aufenthalt dort, wo er sich unter UmstĤnden aufhĤlt, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorļbergehend verweilt. Das SG hat ausführlich unter Angabe einschlägiger höchstrichterlicher Rechtsprechung (EinfĤrbungslehre des BSG) dargelegt, dass ein Aufenthalt (im Zusammenhang mit der Anrechnung von Kindererziehungszeiten) dauerhaft ist, wenn und solange er nicht von vornherein auf Beendigung ausgelegt, also zukunftsoffen ist und der Aufenthalt darüber hinaus rechtmäÃ∏ig sein muss. Das SG hat richtig darauf hingewiesen, dass der rechtlich notwendige gewä¶hnliche Aufenthalt von dem kl\tilde{A}\tilde{x}gerseits angef\tilde{A}^1/4hrten tats\tilde{A}\tilde{x}chlichen Aufenthalt (ohne Nachweis einer entsprechenden Aufenthaltsberechtigung) zu trennen ist. Das SG hat auch ausführlich dargelegt, dass ein rechtmäÃ∏iger bzw. auslĤnderrechtlich geduldeter Aufenthalt tatbestandlich bei AuslĤndern weiterhin bei bestimmten Leistungen (z.B. bei Leistungen nach dem SGB VIII auf Jugendhilfe [vgl. <u>§ 6 Abs. 2 SGB VIII]</u>, Kindergeld für Ausländer nach dem BKGG [<u>§ 1 Abs.</u> 3 BKGG] und Opferentschädigung [§ 1 Abs. 6 OEG]) verlangt wird (anders als für den Bereich des SGB II, wo sich der 4. Senat des BSG zwischenzeitlich von der EinfÄxrbungslehre abgewendet hat) und seine Auffassung in Abgrenzung zur teilweise in der Kommentarliteratur vertretenen Ansicht erläutert, dass die EinfĤrbungslehre fļr den Bereich der Kindererziehungszeiten, in dem der Gesetzgeber insoweit keine Regel getroffen hat, weiterhin få¼r Nicht-EU-Bå¼rger Anwendung findet.

Der Senat sieht insofern von einer (weiteren) Begr $\tilde{A}^{1/4}$ ndung seiner Entscheidung ab und verweist nach \hat{A} § 153 Abs. 2 SGG auf die zutreffenden Ausf $\tilde{A}^{1/4}$ hrungen des SG im angefochtenen Urteil vom 21. September 2021.

Ergänzend ist auszuführen, dass die Klägerin nicht nachgewiesen hat, dass ihr ein zukunftsoffener Aufenthaltstitel im Sinne der Rechtsprechung des BSG vor dem 28. September 1978 erteilt worden ist. An der für den gewöhnlichen Aufenthalt erforderlichen Dauerhaftigkeit im Sinne der Zukunftsoffenheit fehlt es bei Ausländern nur, wenn der Aufenthalt des Ausländers im jeweils streitigen Zeitraum nach einer bereits vorliegenden Entscheidung der dafür allein zuständigen Ausländerbehörde auflösend befristet (Aufenthaltserlaubnis für eine von vornherein bestimmte Zeit) oder auflösend bedingt (Aufenthaltserlaubnis für einen bestimmten Zweck) gestattet worden ist (vgl. BSG, Urteil vom 27. Januar 1994 â \square 5 RJ 16/93, Rn. 32).

Die Klaugerin hat jedoch keine Dokumente vorlegen kannen, welche das Vorliegen eines solchen zukunftsoffenen Aufenthaltstitels vor dem 28. September 1978 belegen kannen. Sie hat auch selbst im Rahmen einer persänlichen Vorsprache bei der Beklagten am 14. Februar 2018 mitgeteilt, dass sie keine alten Päusse mehr habe und die Ausläunderbehänrde keine Unterlagen ähder die Aufenthaltstitel aufgehoben habe, weil sie 1995 eingebähdrgert worden sei. Es ist demnach nicht zu beanstanden, dass die Beklagte (zu Gunsten der Kläugerin) unter Berähdeksichtigung der zum damaligen Zeitpunkt geltenden Rechtslage fiktiv

angenommen hat, dass bei einer Einbürgerung nach dem vollendeten 23. Lebensjahr (wie im Fall der Klägerin) jedenfalls 15 Jahre vor der Einbürgerung, mithin ab 28. September 1978, ein gewöhnlicher Aufenthalt bzw. ein zukunftsoffener Aufenthaltstitel vorgelegen hat.

Die Klägerin kann sich auch nicht auf ihre zwischenzeitlich erlangte deutsche Staatsbürgerschaft oder auf eine Diskriminierung als EU-Bþrgerin berufen. Denn im vorliegenden Fall geht es um die Anerkennung von Kindererziehungszeiten oder Berþcksichtigungszeiten fþr Kindererziehung im Zeitraum vom 16. Februar 1975 bis 27. September 1978 und damit um einen Zeitraum, in dem die Klägerin weder EU-Bþrgerin noch deutsche Staatsbþrgerin war.

Ein Verstoà gegen Verfassungsrecht ist nicht ersichtlich. Insbesondere liegt kein Verstoà gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz des Art. 3 Grundgesetz (GG) i.V.m. Art. 6 GG vor.

Im Hinblick auf den in Art. 6 GG geregelten Schutz von Ehe und Familie ist darauf hinzuweisen, dass die Rechte der KlĤgerin als Mutter im vorliegenden Fall nicht eingeschrĤnkt sind. Die Regelungen der §Â§ 56, 57 SGB VI sind für sie â∏ wie für jede andere Mutter â∏ grundsätzlich gleichermaÃ∏en anwendbar. Es ergibt sich lediglich eine Differenzierung im Hinblick auf die Auslegung des Begriffs des gewöhnlichen Aufenthalts als tatbestandliche Voraussetzung für die Vormerkung der Kindererziehungs- bzw. Berücksichtigungszeiten.

Der allgemeine Gleichheitssatz (Art. A 3 Abs. A 1 GG) gebietet, alle Menschen vor dem Gesetz gleich zu behandeln. Dem Gesetzgeber ist damit aber nicht jede Differenzierung verwehrt. Ihm kommt im Bereich der gewäghrenden StaatstĤtigkeit für die Abgrenzung der begünstigten Personenkreise ein weiter Gestaltungsspielraum zu (vgl. Â <u>BVerfGE 99, 165</u> Â ; Â <u>106, 166</u> Â). FÃ¹/₄r den Gesetzgeber ergeben sich allerdings aus dem allgemeinen Gleichheitssatz umso engere Grenzen, je stärker sich die Ungleichbehandlung auf die Ausübung grundrechtlich geschützter Freiheiten nachteilig auswirken kann (vgl. BVerfGE 106, 166 Am.w.N.). Ob die angegriffene Regelung dem allgemeinen Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG entspricht, hängt davon ab, ob für die getroffene Differenzierung Gründe von solcher Art und solchem Gewicht bestanden, dass sie die Ungleichbehandlung rechtfertigen konnten (vgl. A. BVerfGE 109, 96 A.; stRspr). Im vorliegenden Fall ist in der gesetzlichen Regelung der <u>§Â§ 56</u>, <u>57 SGB VI</u> keine Konkretisierung des Begriffs des gewĶhnlichen Aufenthalts erfolgt, sondern die Auslegung erfolgt unter Berücksichtigung der vom BSG entwickelten EinfĤrbungslehre.

Zu berücksichtigen ist jedoch, dass es das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) im Hinblick auf § 1 Abs. 1a Satz 1 des Gesetzes über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub (Bundeserziehungsgeldgesetz â∏ BErzGG) in der Fassung des Gesetzes über MaÃ∏nahmen zur Bewältigung der finanziellen Erblasten im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands, zur langfristigen Sicherung des Aufbaus in den neuen Ländern, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms â∏ FKPG) vom 23. Juni 1993 (Bundesgesetzblatt | Seite 944) als grundsätzlich legitim angesehen hat, das Erziehungsgeld nur denjenigen Ausländern zukommen zu lassen, von denen erwartet werden kann, dass sie auf Dauer in Deutschland bleiben und hat die Verfassungswidrigkeit der Regelung nur angenommen, weil das im

BErzGG gewĤhlte Differenzierungskriterium (Aufenthaltsberechtigung versus Aufenthaltsbefugnis) nicht geeignet sei, diesen Personenkreis adĤguat zu erfassen (vgl. BVerfG, Urteil vom 6. Juli 2004 $\hat{a} \square \square 1$ BVR 2515/95 $\hat{a} \square \square$ juris). Damit bestehen auch nach Auffassung des BVerfG keine grundlegenden Bedenken dagegen, eine staatliche Leistung bzw. Begünstigung davon abhängig zu machen, dass ein auf Dauer angelegter Aufenthalt in Deutschland vorliegt. Dies muss umso mehr für die hier streitige Anrechnung von Kindererziehungszeiten bzw. Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung gelten. Denn die Anrechnung von Kindererziehungszeiten hat im Gegensatz etwa zu den Leistungen nach dem BKGG oder dem BErzGG keine unmittelbaren finanziellen Vorteile für den Begünstigten. Leistungen können erst beim Eintritt des Versicherungsfalles als Renten wegen Alters bzw. verminderter ErwerbsfĤhigkeit, d.h. in der Regel erhebliche Zeit nach dem Anrechnungszeitraum gewĤhrt werden. Die Kindererziehungszeiten dienen damit der langfristigen sozialen Absicherung der erziehenden Eltern. Die Gewährung dieser Sozialleistung ist damit â∏∏ wie das BSG im Zusammenhang mit der Einfärbungslehre ausgeführt hat â∏ in besonderem Ma̸e nur dann gerechtfertigt, wenn der Aufenthalt eines Ausländers materiell-rechtlich gebilligt und nicht nur vorübergehend â∏∏ und damit nicht rechtlich beständig â□□ gestattet ist (vgl. BSG, Urteil vom 27. Januar 1994 â□□ 5 RJ 16/93, Rn. 28). Diese höchstrichterliche Auslegung des Begriffs des gewöhnlichen Aufenthalts im Zusammenhang mit der Anrechnung von Kindererziehungszeiten steht daher in Einklang mit dem verfassungsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz nach Art. 3 GG, weil es für die Differenzierung nachvollziehbare sachliche GrÃ1/4nde gibt.

Selbst wenn man die EinfĤrbungslehre des BSG ablehnt, ist fļr die Bejahung eines gewA¶hnlichen Aufenthaltes im Sinne des <u>§ 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I</u> die über eine vorübergehende Verweildauer hinausgehende Dauerhaftigkeit des tatsÃxchlichen Aufenthalts an bestimmten Orten entscheidend, die sich in bestimmten Umständen manifestieren muss, wobei auch rechtliche Gesichtspunkte z.B. in die Prognose über die Dauer des Aufenthalts und damit die Beurteilung des gewöhnlichen Aufenthalts einflieÃ∏en können (vgl. Pitz in: Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGB I, 3. Aufl., §Â 30 SGB IÂ [Stand: 13.08.2018], Rn. 35, 57). Im vorliegenden Fall ist aber aufgrund des Fehlens jeglicher Unterlagen zum Aufenthaltsstatus der KlAzgerin vor dem 28. September 1978 fA¼r den streitgegenstĤndlichen Zeitraum auch keine zuverlĤssige Prognose zur Dauerhaftigkeit des tatsĤchlichen Aufenthalts mĶglich, zumal die KlĤgerin sich zunÄxchst nur wenige Monate bis zur Geburt der ersten Tochter in Deutschland aufgehalten hatte und nach der Geburt für einige Monate â∏ ebenso lang wie der bisherige Aufenthalt in Deutschland â∏ in ihre Heimat zurückgekehrt ist. Da das SG somit zu Recht die Klage abgewiesen hat, weist der Senat die Berufung zurück.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 SGG</u>. Im Rahmen des dem Senat nach <u>§Â 193 SGG</u> eingeräumten Ermessens war fýr den Senat maÃ∏geblich, dass die Klägerin mit der Rechtsverfolgung ohne Erfolg geblieben ist und die Beklagte keinen Anlass zur Klageerhebung gegeben hat. Der Senat hält es auch im Falle einer Zurýckweisung des Rechtsmittels fþr erforderlich, nicht nur über die

Kosten des Rechtsmittelverfahrens zu entscheiden, sondern auch \tilde{A}^{1}_{4} ber die Kosten der vorausgehenden Instanz (so $L\tilde{A}^{1}_{4}$ dtke/Berchtold, a.a.O., \hat{A} § \hat{A} 193 Rdnr. \hat{A} 8; erkennender Senat, Urteil vom 19. \hat{A} November 2013, <u>L 13 R 1662/12</u>, ver \tilde{A} ¶ffentlicht in Juris; a.A. Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, Kommentar zum SGG, 13. Auflage, \hat{A} § 193 SGG Rdnr. 2a; Hintz/Lowe, Kommentar zum SGG, \hat{A} § 193 SGG Rdnr. 11; Jansen, Kommentar zum SGG, 4. Auflage, \hat{A} § 193 SGG Rdnr. 4).

Gründe für die Zulassung der Revision liegen nicht vor.

Â

Erstellt am: 11.10.2022

Zuletzt verändert am: 23.12.2024